

Klaus-Jürgen Bremm

1866

Bismarcks Krieg gegen
die Habsburger



THEISS

und Politik. Vor allem aber hatte der Bund geholfen, Preußen, die unfertige Großmacht, sogar mit dessen eigener Billigung in der zweiten Reihe zu halten.



Fürst von Metternich auf einem Gemälde von Thomas Lawrence

Als im Frühjahr 1851 auf der Dresdner Konferenz die Erneuerung des Bundes beschlossen wurde, war dies bereits eine Totgeburt. Noch von seinem erfolglosen Alleingang in der Unionsfrage gezeichnet hatte Preußen nur unter Zwang in Olmütz der Wiedererrichtung des Deutschen Bundes zugestimmt. Österreich, der scheinbare Sieger im Nervenkrieg mit dem Hohenzollernstaat, musste jedoch schnell erkennen, dass die alte Geschäftsgrundlage einer gemeinsamen Lenkung der Bundesverhältnisse nicht mehr gegeben war. Auch wenn beide Mächte innenpolitisch wieder auf eine konservativ-reaktionäre

Agenda zurückschwenkten, so war doch die außenpolitische Schnittmenge zwischen Wien und Berlin deutlich |26|geschrumpft. Noch ehe Bismarck im September 1862 das Amt des Ministerpräsidenten übernahm, hatte Preußen bereits im Bewusstsein seiner wachsenden ökonomischen und militärischen Potenz einen eigenen Kurs eingeschlagen. Besonders seit dem Krimkrieg (1853–1856) und dem Krieg in Italien (1859) betrachtete Berlin den Bund als eine politische Zwangsjacke, die keinem anderen Zweck diene, als Habsburgs fragwürdigen Großmachtansprüchen zu sekundieren. War Preußen 1815 noch ein überforderter Staat gewesen, so hatte sich schon in der Revolution von 1848/49 erwiesen, dass ihm durch seine Westverschiebung nunmehr Habsburgs alte führende Rolle in Deutschland zugefallen war. Bismarcks Politik einer klaren und nach Möglichkeit einvernehmlichen Trennung der Einflussphären war daher im Kontext der ökonomischen Realitäten die schlüssigere Option. Dass Österreich sich nach seinem politischen Selbstverständnis nicht darauf einlassen wollte und konnte, war das Verhängnis, das schließlich 1866 zum Krieg der beiden deutschen Vormächte führte.

|27| **Bismarck und das Trauma von Olmütz 1850**

„Aber wer, wie Euer Majestät alleruntertänigster Diener, seit 16 Jahren mit der österreichischen Politik intim zu tun gehabt hat, kann nicht zweifeln, dass in Wien die Feindschaft gegen Preußen zum obersten, man möchte sagen, alleinigen Staatszwecke geworden ist.“

Otto von Bismarck am 22. April 1866 an König Wilhelm I. |16|

Preußens Gang nach Canossa

Die Österreicher seien in vollem Rückzug auf Olmütz, schrieb Preußens Kriegsminister Albrecht von Roon am 5. Juli 1866, zwei Tage nach dem Sieg von Königgrätz, aus dem Quartier im böhmischen Horowitz an seine Frau. „Und dieser Gang nach Olmütz“, so fügte er mit grimmiger Genugtuung hinzu, „ist wohl demütigender als der unsrige vor 16 Jahren.“ |17|

Als nur drei Tage später die Spitze der preußischen Mainarmee

siegesgewiss das hessische Bronzell passierte, wusste jeder preußische Soldat, dass sich hier das Grab des berühmten Schimmels befand, der 1850 im Verlauf eines Scharmützels mit den Bayern getötet worden war.^[18] Theodor Fontane beschreibt die Szene: „Woran sich einst so viel bitterer Spott für uns geknüpft hatte, jetzt war es ein Gegenstand der Heiterkeit. Lachend zogen die Regimenter daran vorbei.“^[19]

Anderthalb Dekaden nach dem spektakulären Scheitern von Preußens Unionspolitik und seinem bedingungslosen Einlenken gegen Österreich in der mährischen Hauptstadt war der „Gang nach Olmütz“ längst zu einer stehenden Redewendung geworden, vergleichbar mit dem legendären Gang Kaiser Heinrichs IV. nach Canossa. Die Angst vor einem „neuen Olmütz“ ließ sich dann auch im Frühjahr 1866 trefflich für einen strammen Kriegskurs instrumentalisieren, wenn etwa der preußische Gouverneur in Schleswig, General Edwin von Manteuffel, am 22. April 1866 in einem Immediatbericht |28| an König Wilhelm I. von Österreichs „bösem Willen“ sprach und warnte, seinen Forderungen nachzugeben.^[20] Selbst der britische Botschafter in Berlin, Lord Augustus Loftus, benutzte in diesen kritischen Tagen die Olmütz-Metapher, als er nach London berichtete, dass Wilhelm zwar froh wäre, einem Krieg gegen Österreich zu entgehen, einen Waffengang aber wohl akzeptieren würde, wenn er dadurch ein „zweites Olmütz“ vermeiden könne.^[21]

Knapp 16 Jahre zuvor, im Herbst 1850, hatte die nach den Revolutionswirren erneuerte Habsburgermonarchie mit der Rückendeckung des russischen Zaren den Hohenzollernstaat zur Aufgabe seiner revolutionären Unionspolitik gezwungen und sogar offen mit Krieg gedroht. Dabei war zu diesem Zeitpunkt der überhastete Versuch Preußens einer Lösung der deutschen Frage unter Ausschluss Österreichs schon längst gescheitert. Deutsche Mittelstaaten wie Hannover, Sachsen, Bayern und selbst Baden hatten König Friedrich Wilhelm IV. unter dem Druck Wiens die Gefolgschaft verweigert und waren wieder aus der Union ausgetreten. Doch der Habsburgerstaat wollte noch mehr. Aus österreichischer Sicht hatte Preußen offen mit der Revolution geliebäugelt und sich damit außerhalb der konservativen Solidarität der alten „Heiligen Allianz“ gestellt. Denn das in Erfurt zusammengetretene Unionsparlament war

kein Fürstenbund mehr gewesen, sondern eine aus direkten Wahlen hervorgegangene Abgeordnetenversammlung. Preußen, so sah es Staatskanzler Felix Fürst zu Schwarzenberg, musste wieder an die Kandare genommen und die 1815 etablierte Hierarchie zwischen beiden deutschen Führungsmächten demonstrativ wiederhergestellt werden. Schwarzenberg schien nun selbst vor einem großen militärischen Konflikt nicht mehr zurückzuschrecken, und tatsächlich schien die Lage zu eskalieren.

Als im Oktober 1850 Kurfürst Friedrich Wilhelm I. von Hessen-Kassel im Frankfurter Rumpfbundestag eine Bundesexekution gegen seine wieder einmal rebellierenden Behörden erwirkte, waren preußische Truppen präventiv zum Schutz ihrer wichtigen Militärstraßen zum Rhein ins Nachbarland einmarschiert. Bayerische Kontingente hatten daraufhin ebenfalls die kurhessische Grenze überschritten, während die österreichische Armee in Böhmen mehr als 100.000 Mann versammelte und Wien unverhohlen drohte, damit |29| auf Berlin zu marschieren, sollte Preußen nicht der Wiederherstellung des Deutschen Bundes in seiner alten Form zustimmen. Auch der Hohenzollernstaat hatte damals seine Armee mobilisiert und nur wenig hatte gefehlt und der Krieg von 1866 wäre bereits im Herbst 1850 ausgefochten worden. Doch Friedrich Wilhelm IV. war angesichts der offenkundigen Isolierung Preußens in Deutschland und auf Druck Russlands vor dieser letzten Konsequenz zurückgeschreckt. Der Protagonist seiner ambitionierten Deutschlandpolitik, Joseph Maria von Radowitz, musste am 2. November 1850 von seinem Amt als preußischer Außenminister zurücktreten. Seinem Nachfolger Otto von Manteuffel, als trockene Bürokratenatur das genaue Gegenteil des von großen Projekten träumenden Radowitz, blieb es überlassen, im mährischen Olmütz vier Wochen später die sprichwörtlich gewordene Unterwerfungserklärung zu unterzeichnen. Preußen rückte von sämtlichen seiner Positionen in der deutschen Frage ab und akzeptierte sogar, zuerst mit der Demobilisierung seiner Streitkräfte zu beginnen.

Das konservative Lager, wo man die antirevolutionäre Solidarität mit Österreich beharrlich pflegte, begrüßte zwar das endgültige Scheitern des verhassten Unionsprojektes, empfand aber wie die einflussreichen Brüder Leopold und Ludwig von Gerlach die sogenannte Punktation

von Olmütz als schmerzhaft Demütigung, nicht anders als die liberalen Kräfte in Preußen. Am 11. Dezember 1850 notierte etwa Karl August Varnhagen von Ense in seinem Tagebuch: „Die Niederlage Preußens wird täglich deutlicher. Unser lappiges, hinterlistiges und dabei feiges Wesen tritt hell an den Tag.“^[22] Manche fragten sich, ob Preußen überhaupt noch eine Großmacht sei. Und in Magdeburg klagte ein Oberst Helmuth von Moltke, damals Chef des Stabes des dort stationierten IV. Preußischen Armeekorps: „Ein schimpflicher Friede hat noch nie Bestand gehabt. Was für eine Streitmacht haben wir zusammen gehabt! Was für eine Truppe! 30 Millionen verausgabt für eine Demonstration und um alle und jede Bedingung anzunehmen. Aber die schlechteste Regierung kann dies Volk nicht zugrunde richten, Preußen wird doch an die Spitze von Deutschland kommen.“^[23]

|30| Bismarcks Einstieg in die große Politik

Einzig ein verlorener Krieg hätte nach damaligem Verständnis eine europäische Großmacht dazu zwingen können, eine derart einseitige Vereinbarung zu unterzeichnen. Wohl kaum jemand empfand die „Schmach von Olmütz“ tiefer als Otto von Bismarck. Erst drei Jahre zuvor hatte der pommersche Gutsherr erfolgreich für den erstmals einberufenen preußischen Landtag kandidiert. Als Sohn einer ehrgeizigen Mutter aus akademischem Hause und eines eher antriebslosen märkischen Junkers mit langem Stammbaum und niedrigem Reserveoffizierdienstgrad hatte der junge Bismarck als Student in Göttingen und später als Assessor in Aachen jahrelang ein zielloses und von amourösen Eskapaden geprägtes Leben geführt, ehe er, hoffnungslos verschuldet, auf eines seiner ererbten Güter in Ostpommern zurückgekehrt war. Wirtschaftlich zwar nun erfolgreich, konnte ihn das geruhsame Landleben, das auch der Selbstfindung und der Familiengründung gedient hatte, auf Dauer nicht befriedigen. Seine alten Hoffnungen auf eine Karriere als Politiker und Diplomat, ohne zugleich die ihm verhasste Fron einer bürokratischen Laufbahn auf sich nehmen zu müssen, waren noch nicht begraben. Die Einberufung des ersten allgemeinen preußischen Landtages im April 1847 sollte ihm